



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Innenausschusses

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/2111

A09

10. Januar 2024

Seite 1 von 5

Telefon 0211 871-3330

Telefax 0211 871-163330

Sitzung des Innenausschusses am 18.01.2024

„Ein Jahr nach Lützerath - Zwischenbilanz zu den strafrechtlichen Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Räumungseinsatz“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags übersende ich den schriftlichen Bericht zu dem TOP „Ein Jahr nach Lützerath - Zwischenbilanz zu den strafrechtlichen Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Räumungseinsatz“.

Mit freundlichen Grüßen


Herbert Reul MdL

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 18.01.2024
zu dem Tagesordnungspunkt
„Ein Jahr nach Lützerath - Zwischenbilanz zu den strafrechtlichen
Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Räumungseinsatz“**

Seit dem Jahr 2016 wurde dem Polizeipräsidium Aachen die Zuständigkeit für die polizeilichen Maßnahmen und Einsätze im Rheinischen Braunkohlerevier übertragen. Die Räumung des Hambacher Forsts im Jahr 2018 und die dabei gesammelten Erfahrungen aus diesem Einsatz ermöglichten es dem Polizeipräsidium Aachen, den Einsatz der Räumung des Weilers Lützerath professionell vorzubereiten.

Der Räumungseinsatz begann am 02.01.2023 mit dem Schutz der Vorfeldarbeiten. Ab dem 11.01.2023 fand die eigentliche Räumung statt, die bis zum 23.01.2023 vollzogen wurde.

Am Samstag, dem 14.01.2023, kam es im Rahmen der an diesem Tag stattfindenden Versammlung zu massiven gewaltsamen Auseinandersetzungen, ausgehend von Demonstranten, gegen die Polizeikräfte. Mehrere Tausend zuvor als Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer klassifizierte Personen griffen die Polizeiketten vor der errichteten Zaunanlage an. Hierbei wurden eine Vielzahl tätlicher Angriffe sowie Widerstandshandlungen gegen die eingesetzten Beamtinnen und Beamten begangen.

Hierzu verweise ich auf die am 19.01.2023 stattgefundene Aktuelle Viertelstunde im Rahmen der Sitzung des Innenausschusses, das Ausschussprotokoll APr 18/136 sowie die Vorlage 18/738.



Mit Abschluss der Einsatzlage „BAO Räumung Lützerath“ am 23.01.2023 wurde das Polizeipräsidium Aachen mit der Aufarbeitung der Geschehnisse, der beweissicheren Verfolgung sämtlicher Straftaten, somit auch die Ermittlungsverfahren gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte, und der Aufhellung der Rolle der beteiligten linksextremistischen Szene in diesem Kontext beauftragt.

— Hierzu richtete das Polizeipräsidium Aachen eine behördenübergreifende Ermittlungskommission (EK) zur Bearbeitung der Straftaten und beweissicheren Identifizierung von Straftätern ein. Die „EK Lützerath“ nahm am 01.02.2023 die Arbeit auf. Zuerst erfolgte eine aufwändige, beweiskräftige und gerichtsverwertbare Aufbereitung der Videoaufzeichnungen, die im Rahmen der Einsatzmaßnahmen durch die Beweissicherungseinheiten der Bereitschaftspolizeien gefertigt wurden. Durch umfangreiche Auswertungen der Ermittlerinnen und Ermittler, die u. a. mittels Einsatz und Unterstützung spezieller Software-Programme stattfand, konnten diese Beweismittel digital durchsucht und tatverdächtige Straftäterinnen und Straftäter identifiziert werden. Zur lückenlosen Aufarbeitung des Einsatzgeschehens wurden weiterhin umfangreiche Vernehmungen von betroffenen Einsatzkräften, geschädigten Privatpersonen und Zeuginnen und Zeugen durchgeführt. Hierbei wurden Vernehmungen erstmals in großem Umfang auch online durchgeführt.

Am 19.12.2023 legte die EK Lützerath meinem Haus ihren Abschlussbericht vor, der die Herausforderungen, Problembereiche, Lösungsansätze, gesammelten Erfahrungen sowie das vorläufige Ergebnis umfassend darstellt.

Im Rahmen der EK Lützerath wurden insgesamt 592 Straftaten im Rahmen der Räumungsmaßnahmen bearbeitet, fast 3.400 Gigabyte Bild- und Videodaten ausgewertet, 467 Straftäterinnen und Straftäter identifiziert



und 156 Straftaten aufgeklärt. Von 178 der zuvor genannten Straftäterinnen und Straftäter liegen zwischenzeitlich „Klarpersonalien“ vor. Die Aufklärungsquote liegt damit aktuell bei 26 Prozent.

Im Kontext des Versammlungsgeschehens am 14.01.2023 wurden allein 271 Strafanzeigen bearbeitet, über 1.700 GB Bild- und Videodaten ausgewertet sowie 134 Straftäterinnen und Straftäter identifiziert. Von 60 dieser Straftäterinnen und Straftäter liegen mittlerweile „Klarpersonalien“ vor. 72 Straften wurden bisher aufgeklärt. Die Aufklärungsquote liegt damit aktuell bei 27 Prozent.

Die Aufklärungsquoten sind als hoch zu bewerten, da über 90 Prozent der die Polizei angreifenden Tatverdächtigen mit Schals oder Sturmhauben ver mummt waren und daher eine umfangreiche Ermittlungsarbeit erforderlich war, diese zu identifizieren. Diese Ermittlungsarbeit wird auch aktuell noch weitergeführt und führt derzeit z.B. zu Öffentlichkeitsfahndungen und einem Austausch mit den Polizeilichen Staatsschutzdienststellen in vielen Ländern und dem Bund. Neben der erfolgreichen Ermittlung im Kontext Lützerath konnten auch vielfältige Bezüge in die linksextremistische Szene in ganz Deutschland festgestellt werden.

Auch nach der Beendigung des Einsatzes in Lützerath sind im gesamten Rheinischen Braunkohlerevier, welches die Tagebaue Garzweiler, Hambach und Inden sowie die Kraftwerke Frimmersdorf, Neurath und Niederaußem umfasst, weiterhin Straftaten zu verzeichnen. Gleichwohl ist hierbei zu konstatieren, dass sich die Anzahl der Straftaten auf einem niedrigeren Niveau bewegen. So wurden in der Zeit vom 23.01. bis 31.12.2023 insgesamt 57 Straftaten erfasst (u. a. Sachbeschädigungen und Brandstiftungen, insbesondere im Bereich der Hochsitze und sonstigen jagdlichen Einrichtungen).



Die Straftaten werden durch das Polizeipräsidium Aachen bearbeitet, das für diese Ortschaften zuständig ist. Bisher konnten hierbei 17 Personen identifiziert werden. Der Gesamtschaden, der durch diese Straftaten entstanden ist, beläuft sich bisher auf ca. 213.000 Euro.